



Rivalität und Ignoranz
zweier Verkehrsunternehmen



Wolfgang Sigut

23. November 2022

Gasthaus Waldtzeile - Speisinger Str. 2, 1130 Wien

■ Vorgesehen:

- Am 01.12.2021 wurde die Lobauautobahn von der Bundesministerin Leonore Gewessler abgesagt.
- Wiens Bürgermeister Michael Ludwig fordert Alternativen zum abgesagten Lobautunnel.
- Die S80 verläuft parallel zur A23 und wäre mit entsprechendem Ausbau die primäre Alternative zur abgesagten Lobauautobahn.
- Die ÖBB und ihr Potential im öffentlichen Verkehr kommen in den Betrachtungen der Wiener Stadtregierung kaum vor.
- Warum gibt es in Wien also zwei rivalisierende Verkehrsunternehmen?

■ Zur Frage Rivalität:

- Nach dem 1.WK wurde 1920 das neue österreichische Bundes-Verfassungsgesetz beschlossen, in dem unter anderem Wien als eigenes Bundesland entstanden ist.
- Dem folgten die Trennungsgesetze vom 29. Dezember 1921, die mit 1. Jänner 1922 in Kraft traten. Sie trugen dem Wunsch nach möglichst vollständiger Trennung Rechnung, auch was das Eigentum des bisherigen gemeinsamen Landes betraf.
- Im Mai 1919 wurde der Wiener Gemeinderat erstmals nach dem allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen gewählt. Seit dieser Zeit stellen die Sozialdemokraten, mit Ausnahme der Jahre 1934 bis 1945, sämtliche Wiener Bürgermeister bis heute.
- Absolute Macht, über einen längeren Zeitraum innehabend, fördert Intransparenz und Abgehobenheit und bewirkt Realitätsverlust.

■ Ursachen:

- Dazu kommt noch veränderte Ideologie hinzu, die der Wirtschaftsaufschwung nach dem 2. WK mit sich brachte. Durch Massenfertigung wurden Statussymbole wie Autos erschwinglich gemacht und die Bevölkerung durch „Freiheit auf 4 Rädern“ in Abhängigkeit gebracht.
- Die ÖBB als staatliches Verkehrsunternehmen war und ist durch ihre starke gewerkschaftliche Organisation schon immer der Sozialdemokratie zugerechnet. Es macht aber einen Unterschied ob bundesweit agiert wird oder im Imperium der Stadt Wien. Die dort handelnden Personen sind geneigt ihr „Spielfeld“ alleine zu bespielen.
- Womit wir bei der finanziellen Gebarung angelangt sind, die das gegenseitige Verhalten von ÖBB und Wiener Linien mit bestimmt.

■ Die Einnahmenaufteilung:

- Die Verkehrsverbund Ost-Region GmbH (VOR), ist zu 100% im Eigentum dreier Bundesländer (44 Land Wien, 44 Land NÖ, 12 Land Bgld. Die eingenommenen Entgelte beziffern sich in etwa auf 500 Mill. EUR und davon erhalten alleine die Wiener Linien etwa 75%.
- Die Beförderungsentgelte, die der VOR einnimmt, stehen den Verkehrsunternehmen, welche die Beförderungsleistungen erbringen, zu. Da es aber keine genauen Aufzeichnungen darüber gibt, welche Tickets wie, wie oft und wo genutzt werden, ist man auf Schätzungen angewiesen.
- Um eine Grundlage für die Schätzungen zu haben, werden die Fahrgast-Ströme (wer fährt mit welchem Ticket in welcher Relation?) und die Transport- bzw. Fahrleistungen (Berechnung von Fahrzeug- sowie Platz-Kilometern) in diese Kalkulation mit einbezogen. Mit Hochrechnungen versehen, sind sie dann das Ergebnis!?

■ Konsequenzen:

- Wenn nun eine neue, attraktive Verbindung entsteht (siehe Linie „S45“), in deren Rahmen hohe Fahrzeug- und Platz-Kilometer-Leistungen erbracht werden, dann verschieben sich tendenziell die Einnahmen-Anteile.
- Eine neue S-Bahn-Linie, die nicht von den Wiener Linien betrieben wird und sehr viele Fahrzeug- bzw. Platz-Kilometer generiert, bewirkt dass der Anteil der Wiener Linien sich reduziert.
- Jedoch ist es für Verkehrsunternehmen jenseits der Wiener Linien nicht so einfach, Kilometer zu generieren; fremde Unternehmen brauchen dafür einen Auftrag des Landes Wien!!!

- ❑ Umgekehrt sollte es nach Ansicht der Stadt Wien, wenn die Wiener Linien einen neuen U-Bahn-Abschnitt in Betrieb nehmen (das sind dann wegen des dichten Takts tatsächlich sehr viele Fahrzeug- bzw. Platz-Kilometer!), es die anderen Verkehrsunternehmen nicht stören, wenn sich deren Einnahmen-Anteile reduzieren.
- ❑ Es löst jede größere Änderung im Fahrplan-Gefüge eine gewisse „Folgen-Lawine“ aus; es muss dann auf jeden Fall verhandelt bzw. gestritten werden, wenn man größere Ungerechtigkeiten vermeiden will. Das Ergebnis von solchen Entwicklungen lässt sich kaum vorhersehen.

■ Resümee:

- Für die zukunftsfähigen Verkehrslösungen die die Stadt Wien benötigt ist die Schiene unerlässlich.
- Dem entgegen steht das ungebrochene Bekenntnis zu „freie Fahrt für freie Bürger“, um den MIV ja nur nicht zu unattraktiv zu machen!
MIV= Motorisierter Individualverkehr
- Der Moloch SPÖ, der noch nicht verstanden hat, dass es nicht nur um Klimaschutz, sondern es auch um eine andere Ökonomie und soziale Ausgewogenheit geht.
- Die zuvor skizzierte Einnahmen-Aufteilung, aber auch der Machtanspruch der SPÖ der zivilgesellschaftliche Teilhabe unterbindet.
- Für eine Reform des öffentlichen Verkehr sind politische Weichenstellungen unerlässlich, die nur dann gelingen können wenn wir uns Alle der Sache annehmen.